

P/XVIII/46

Bonn, den 7. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Die Strukturkrise der CDU ----- Folgen der oligarchischen Cliquenbildung Von Ulrich Lohmar, MdB	62
3 - 4	"Heimkehrer" feuert auf "Linksintellektuelle" ----- Erstaunlicher Zuwachs für westdeutsche McCarthys	71
4	Alle Jahre wieder ... ----- Leipzig und seine Besucher	18
5	Städte mit 20 Millionen Einwohnern ? ----- UNC muß sich auch dieses Problems annehmen Von Bruno Kuster, Genf	43
6	Vier Forderungen für Luftfahrt und Raumfahrt ----- Beiträge zur Verkehrs- und Wirtschaftspolitik Von J. E. G. Grosser	48

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die Strukturkrise der CDU

Folgen der obligarchischen Cliquenbildung

Von Ulrich Lohmar, MdB

Die Christlich-Demokratische Union befindet sich gegenwärtig nicht nur in einer Führungskrise. Die Unschlüssigkeit in den politischen Aktionen der CDU und ihre gedankenlose Betriebsamkeit deuten vielmehr darauf hin, daß sich die maßgebende Regierungspartei in einer Strukturkrise befindet. Worin diese Krise ihre Ursachen hat, wird in einer Formulierung deutlich, die Bundesinnenminister Höcherl in seiner Aschermittwochrede in Vilshofen verwendet hat:

- * "Es soll der Mann (zum Bundeskanzler) gewählt werden, der
- * uns für den Rest der Legislaturperiode so führt, daß bei
- * der nächsten Wahl die absolute Mehrheit gesichert ist."

Legitime Wünsche, aber...

Was heißt das? In dieser Forderung Höcherls wird deutlich, was für die meisten Abgeordneten und Anhänger der CDU gilt: sie wollen eine politische Führung. Dem könnte man nur zustimmen, wenn es sich dabei um das Anliegen handelte, eine Politik aus einem Guß zu entwickeln, die von der S a c h e her geformt ist. Darum aber geht es Herrn Höcherl und seinen Freunden wenn überhaupt, so erst in z w e i t e r Linie: Sie wollen einen Mann an die Spitze stellen, der ihnen die absolute Mehrheit sichert. Auch dieser Wunsch ist keineswegs sonderbar, sondern selbstverständlich.

Für eine politische Partei unverständlich und für eine führende politische Partei unerlaubt wird diese Überlegung jedoch, wenn sie allein steht oder an die erste Stelle rückt. Wesentlich ist eben nicht nur, welche Partei in der Bundesrepublik führt, entscheidend ist, ob dieser Staat eine politische Führung bekommt, die es unserem Volk ermöglicht, mit den Problemen der nächsten Jahrzehnte fertig zu werden.

... Gruppeninteressen dominieren

In der kurzsichtigen Taktik, die sich in der Äußerung des Innenministers zeigt, wird die Strukturkrise der CDU deutlich. Die Partei hat sich seit Jahren abgewöhnt, auch nur den Versuch zu machen, das Gemeinwohl zum Maßstab ihres politischen Handelns zu wählen. Statt dessen hat sie sich mehr und mehr dazu bereitgefunden, Gruppeninteressen von Fall zu Fall zu einem Ausgleich zu bringen. Die CDU ist eine

Interessenpartei geworden. Das Gewicht, das der Lobbyismus für die Entscheidungen der Regierungspartei hat gewinnen können, überlagert alle anderen politischen Erwägungen der Führung der CDU, soweit es sich um die Innenpolitik handelt. Nicht zuletzt daraus ist es zu erklären, wenn sich immer mehr Wähler, denen der Staat noch mehr bedeutet als ein Beuteobjekt, von der bisherigen Regierungspartei abwenden.

Partei ohne innere Meinungsbildung

Von einer Strukturkrise der CDU muß man auch sprechen im Hinblick auf ihre innerparteiliche Ordnung. Es liegt nicht an der im Vergleich zur SPD geringeren Mitgliederzahl der CDU, daß sie z.B. mit dem Problem Strauss nicht fertig werden kann. Wesentlicher dafür ist, daß die Mitglieder der CDU über Jahre hinweg daran gewöhnt worden sind, sich führen zu lassen, ohne die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen Politikers innerhalb der Union noch praktizieren zu wollen oder zu können. Eine obligarchische Cliguenbildung, wie sie sich heute in der CDU zeigt, kann allein auf diese Weise zustande kommen. Will die CDU/CSU mit dieser Ursache ihrer Strukturkrise fertig werden, dann wird sie sich nicht nur um mehr Mitglieder bemühen müssen, sondern sie wird dafür Sorge zu tragen haben, daß die Freiheit der Meinungsbildung und die Möglichkeit der Auswechslung von Angehörigen der Führungsgruppen wieder geschaffen werden. Dafür ist weniger die vielen Angehörigen der CDU ein wenig ehrwürdig gewordene Gestalt des Bundeskanzlers ein Prüfstein, sondern vielmehr der "Fall Strauss". An ihm wird sich erweisen, ob die Union sich eine politische Repräsentanz schaffen kann, die mit ihrer erklärten Zielsetzung übereinstimmt.

Aus diesen Gründen wird auch die Berliner CDU bald einsehen müssen, daß die Rolle der Opposition allein noch keineswegs die Gewähr dafür bietet, eine größere politische Resonanz in der Bevölkerung zu finden. Ohne eine überzeugende sachliche, am Gemeinwohl orientierte Konzeption und ohne eine integre politische Führung kann keine Partei hoffen, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen - ob sie nun gerade regiert oder in der Opposition steht.

"Heimkehrer" feuert auf "Linksintellektuelle"

Erstaunlicher Zuwachs für westdeutsche McCarthys

sp - Die McCarthys der Bundesrepublik, die sich der Hetzjagd auf die "Linksintellektuellen" verschrieben haben, können einen erstaunlichen Zuwachs verzeichnen. Zu der unter der Patronanz des Geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden Dufhues kessel-treibenden Gruppe aus CDU-Hinterbänklern, christlich getarnten Boulevardblättern, "Deutsche Soldatenzeitung" und Groschen-Massenpresse muß nunmehr leider auch das Zentralorgan des Heimkehrer-Verbandes hinzugezählt werden. Man lese in der am 25. Februar 1963 veröffentlichten Nr. 4 des 14. Jahrgangs des "Heimkehrer" unter der Hauptschlagzeile "Das gefährliche Ärgernis" und der Unterzeile "Geheime Regiszellen oder einfach die Lust am Negieren?" wie folgt nach:

"Der Linksdrall weiter Teile der bundesdeutschen sogenannten Intellektuellen (!) und Literaten, die oft ätzende und böartig wirkende Kritik des Fernsehens und des Rundfunks, die keineswegs immer objektive Unterrichtung der Öffentlichkeit durch die Presse - all das ist ein zwischen Hamburg und München, Hannover und Köln seit Jahr und Tag eattsam bekanntes Ärgernis ... Der deutsche Michel hat es offenbar satt, sich von allen möglichen und noch mehr unmöglichen Publizisten für dumm verkaufen zu lassen ... Als ausgesprochen erfreulich muß es z.B. bezeichnet werden, daß die Erkenntnis des Matscheiben-Normalverbrauchers darüber, wie schlecht und einseitig er "zeitkritisch" bedient wird, in raschem Wachsen begriffen ist".

In der Leserbrieffspalte wird dazu ein Schreiben abgedruckt, das sich mit der "Stalingrad"-Fernsehsendung befaßt: "Ein Freund des Erzkomunisten Bert Brecht hat ein Schauspiel geschrieben. Als Grundlage dient ihm ein Roman, den ein anderer westlicher Erzkomunist im Auftrage der stalinischen Sowjetunion geschrieben hat. Das deutsche Fernsehen darf sich nicht beklagen, wenn ihm vorgeworfen werden sollte, bewußt oder unbewußt die Sache des Kreml zu vertreten, wenn es in so massiver Weise für die Verbreitung von sowjetischen Propagandamaterial sorgt".

Der Bundeswehr-Generalinspekteur Foertsch, der zunächst in dasselbe Komunistenloch stieß, hat sich inzwischen allseitig formell entschuldigt. Der CDU-Landtagsabgeordnete Konrad Reuter hat soeben im Beauschuss des Augsburger Stadtrats die Umbenennung der Gasse, in der Bert Brechts Geburtshaus steht, in "Bert-Brecht-Gäßchen" beantragt. Sogar Herr Dufhues hat Bert Brecht aus dem McCarthy-Beschuß gegen die "Linksintellektuellen" ausgeklammert.

Das muß den "Heimkehrer" nicht interessieren. Er attackiert vielmehr, gleichfalls im Aufmachungsartikel, "die bundesdeutsche Presse", die "zuweilen merkwürdigen Gebrauch von der so arg strapazierten Pressefreiheit macht". Um zu zeigen, was "objektive Unterrichtung" bedeutet, druckt der "Heimkehrer" einen Leitartikel des CSU-Journalisten Dr. Emil Franzel aus der CSU-"Deutschen Tagespost" ab, der und die z.B. zu den kammungslosesten Gegnern der SPD und ihres Kanzlerkandidaten Brandt gehören. In der Leitartikel-Spalte des "Heimkehrer" lesen wir also als "objektive Unterrichtung" für die Mitglieder des Heimkehrerverbandes u.a. wörtlich:

"Das entscheidende Problem (in der Frage des gescheiterten EWG-Beitritts Grossbritanniens) ist politischer Natur. Und auf dem politi-

schen Felde hat de Gaulle recht ... In der SPD-Fraktion gibt es auch zwei Parteien, eine anglophile und eine europäische (!) Oder steuert nicht Herr Erler die angelsächsische Lösung an und Herr Wehner die deutsch-französische? ... Wenn wir, um Großbritannien in die EWG zu bekommen, mit Frankreich brechen wollten, kämen wir dorthin, wo die Reiten seit der Bahama-Konferenz liegen, in das amerikanische Schlepptau ... Aber sie (Adenauer und de Gaulle) wollen nicht blosses Vorgelände Amerikas sein, nicht als Tauschobjekt im weltpolitischen Dualismus dienen ... Sollten die Reste des "Empire français d'outre-mer", die de Gaulle in die Communauté herübergerettet hat, auch noch eine Beute der amerikanischen Finanzwelt werden wie Katanga? ... Und Amerika kann ein isoliertes Deutschland abschreiben, es kann ein von ihm abhängiges Deutschland zwingen, die Zeche der internationalen Entspannung zu bezahlen, es kann aber nicht auf eine deutsch-französische Union von 95 Millionen Menschen verzichten, die Europa von der Elbe bis zu den Pyrenäen in der Hand hat.

Das ist, wie gesagt, Herr Dr. Emil Franzel von der "Deutschen Tagespost". Herr Franzel schreibt, wie er ist; ein "Abendländer" reinsten Wassers und die "Rechtsintellektuellen der Heimkehrer", das Zentralorgan des überparteilichen Heimkehrerverbandes, zitiert Herr Dr. Dr. Franzel so ausführlich auf der Leitartikel-Spalte ("ohne daß wir uns ausdrücklich seine Meinung zu eigen machen wollen"), um den Heimkehrern zu zeigen, "was unter dem Begriff einer objektiven Unterrichtung der Leserschaft zu verstehen ist".

+ + +

Alle Jahre wieder ...

Leipzig und seine Besucher

sp - Alle Jahre wieder lädt Ulbricht westeuropäische Geschäftsleute und Parlamentarier nach Leipzig, um ihnen dort zu zeigen, wie hervorragend sein Regime ist. Und alle Jahre wieder fallen irgendwelche Leute darauf rein und lassen sich bei dieser Gelegenheit von Ulbricht als Aushängeschilder benutzen. Unter den Besuchern befinden sich Neugierige, politische Unterseeboote und Phantasten. Die Neugierigen wollen "einmal dabei sein", die U-Boote lassen sich gerne benutzen und die Phantasten glauben allen Ernstes, Ulbricht werde sich ändern, wenn sie mit ihm geredet haben. MdB Dr. Johann B. Gradl hat natürlich recht, wenn er von den Instinktlosigkeit dieser Leute spricht. Peinlich wird die Sache nur, wenn westdeutsche Zeitungen die durchaus korrekten Bemerkungen des Herrn Gradl so fälschen, daß dabei nur Labour-Abgeordnete in die Schußlinie kommen.

Wenn man schon an den Leipzig-Besuchen Anstoß nimmt - was durchaus berechtigt ist - dann soll man es ebenso im Blick auf die britischen Konservativen tun und auch jene gaulistischen Politiker nennen, die wie eine Reihe von westeuropäischen Geschäftsleuten und Industriellen, deren politische Heimat bestimmt nicht bei Labour zu suchen ist, nach Leipzig pilgern.

+ + +

Städte mit 20 Millionen Einwohnern ?

Von Bruno Kuster, Genf

Man spricht bereits von Städten mit 18 bis 20 Millionen Einwohnern. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung sowohl der Industrie- als auch der Entwicklungsländer zieht in städtische Siedlungen. Die in den nächsten paar Jahrzehnten zu erwartende Bevölkerungszunahme um drei Milliarden wird größtenteils von den Städten aufzunehmen sein.

Elendsstädte in den Entwicklungsländern.

Die Verstädterung ist nicht ein "Vorrecht" der hochentwickelten Industrieländer. In Afrika hat sich die städtische Bevölkerung in den letzten fünfzehn Jahren verdoppelt. In einigen Ländern, die noch größtenteils auf die Landwirtschaft angewiesen sind, hält sich bereits ein Viertel der Bevölkerung in Städten auf, die natürlich keineswegs auf die Aufnahme dieses Zustromes vorbereitet sind. Nichts entwickelt sich in den unterentwickelten Gebieten schneller als die Elendsviertel mit ihren Blech- und Bretterhütten, ihrer Armut und Arbeitslosigkeit, ihrer Unwissenheit und moralischen Zersetzung. Wenn den gegenwärtigen Tendenzen nicht Einhalt geboten werden kann, werden in wenigen Jahren Millionen Menschen in üblen Slums dahinvegetieren. Das Problem der Verstädterung und ihrer sozialen Auswirkungen wurde an der Konferenz der UNO über die Anwendung von Wissenschaft und Technik im Interesse der Entwicklungsländer eingehend besprochen. Dabei wurde bald deutlich, daß es sich dabei um ein Problem der ganzen Welt handelt, das allerdings in den Entwicklungsländern, die über die geringsten Möglichkeiten zu seiner Lösung verfügen, mit besonderer Schärfe in Erscheinung tritt.

Erschütternde Hilflosigkeit

Erst jetzt, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entdeckt man, wie rat- und hilflos die Verantwortlichen der scheinbar simplen, aber entscheidenden Frage gegenüberstehen: wie kann und soll der Mensch an der Schwelle des neuen Zeitalters leben und arbeiten, um Mensch bleiben zu können? - Trotz unzähliger Einzeluntersuchungen über besondere Aspekte der notwendigen Umstellungen, die durch die Verstädterung erzwungen werden, fehlt eine Gesamtsicht. Die einsichtigen Kreise fordern deshalb die Schaffung eines neuen Zweiges der Wissenschaft, der sich dem Studium des Menschen und seiner Lebensbedingungen von morgen widmet. Diese Wissenschaft muß die Geographie, die politische Ökonomie, die Soziologie, die Psychologie, die Technik und noch manche andere Disziplinen zu einer neuen Einheit zusammenfassen. Auf der Konferenz über Wissenschaft und Technik wurde vorgeschlagen, vorerst einmal einer internationalen Expertengruppe den Auftrag zu erteilen, entsprechende Vorarbeiten auf breiter Grundlage in Angriff zu nehmen.

* * *

Bis jetzt wissen wir zwar ausgezeichnet, wie die ganze Menschheit in kürzester Zeit umgebracht werden kann. Aber noch niemand kann sagen, wie die Menschheit in den nächsten fünfzig oder gar hundert Jahren am Leben erhalten werden kann. Das ist die bittere Wahrheit.

* * *

Von J. F. G. Grosser

Zusammenschluss im Flugverkehr ist die einzig mögliche Zielsetzung für einen erfolgreichen Bestand deutscher und europäischer Interessen in der Weltluftfahrt von morgen. Uns nützt es nichts, den Zusammenschluss, die Zusammenarbeit nur zu wollen. Wir müssen nicht nur bereitwillig, sondern vor allem **b e f ä h i g t** sein, an der europäischen Lösung des Problems mitzuwirken. Hier gibt es nichts zu verheimlichen, zu beschönigen oder gesund zu beten, sondern die Erfordernisse müssen erkannt und durch eine aktive, klare und energische Politik geschaffen werden.

Die vier Thesen dieser Politik sind:

1) Das deutsche Luftverkehrsunternehmen ist für den "Zusammenschluss im Flugverkehr" koalitions- und beitragsfähig zu machen.

Nur ein gesundes, ein saniertes Unternehmen kann mit Erfolg Partner sein, sonst erleben wir lediglich eine Flucht in neue dubiose Grössen. Ein Zusammenschluss zur Verschleierung alter Laster und Unzulänglichkeiten ist nicht zu verantworten.

2) Die Auswärtige Politik, die Aussenhandelspolitik und die internationale Verkehrspolitik der Bundesrepublik müssen künftig im Zusammenhang gesehen und für alle beteiligten Ressorts in ein verbindliches Konzept gebracht werden. Die natürlichen Interessen unseres Landes, auch als Partner einer europäischen Dachgesellschaft, sind nach wirtschafts- und verkehrspolitischen Grundsätzen zu erfassen; zu ordnen und in einem koordinierten Expansionsplan zu verarbeiten.

3) Die Luftfahrt- und Raumfahrtforschung und -Industrie sind Ausgangskräfte der neuzeitlichen hochqualifizierten technischen Produktion. Ihre Ergebnisse bestimmen den technischen Fortschritt in fast allen Industrien. Unsere hochentwickelte Exportwirtschaft würde in kurzer Zeit konkurrenzunfähig werden oder auf das Produktionsniveau von Lizenz-Satelliten herabsinken, wenn wir allein vom Leistungsstand Dritter abhängig wären.

Unsere Partnerfähigkeit auf dem Gebiet der Luftfahrt und Raumfahrt hängt letzten Endes davon ab, ob wir in Forschung und Leistung auf diesen Gebieten künftig wieder eine nennenswerte Grösse sind. Wir können darauf verzichten, aber dann verzichten wir auf die künftige Lebensfähigkeit unserer empfindlichsten und exportaktivsten Industriezweige. Die Entwicklung von Gerät für Luft- und Raumfahrt, das internationale Probleme und Aufgaben lösen hilft, ist daher konsequent und ausreichend zu fördern.

4) Der Zusammenschluss im Flugverkehr, wie er von einigen europäischen Staaten, auch von der Bundesrepublik angestrebt wird, bringt eine veränderte Zuordnung der europäischen Räume mit sich, für die ein neues, zweckmässigeres und wohlfeileres europäisches Netz geschaffen werden muß.

Der in etwa halbamtliche Dornröschenschlaf des Luftfahrt-Beirates beim Bundesverkehrsministerium muß entweder aufhören oder, weil das Wort von dem neuen Wein in alten Schläuchen vielleicht doch stimmt, muß etwas Neues an seine Stelle treten. Eine "Unabhängige Kommission" von Fachleuten und Verkehrspolitikern mit Fachkenntnis wäre der Weg, um Regierung und Parlament mit den nötigen Empfehlungen und Vorschlägen zu versehen. Die Kommission müßte auf der Grundlage eines Bundestagsbeschlusses, der vielleicht in Verbindung mit der Haushaltberatung zu erwirken wäre, konstituiert werden. Auch die Probleme und Einwände berührter Verkehrsträger könnten von dieser Kommission bearbeitet und berücksichtigt werden.